

Sitzungsniederschrift

31. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Raum 1.105, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 15.07.2015	Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr	Sitzungsende: 17:11 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Bontjer, Johann	CDU	Vertretung für Herrn Udo Weilage
Carow, Johanne	FW	Vertretung für Herrn Wilhelm Strömer
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Hasbach, Bernd	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Gäste		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat
Saathoff, Irene		Amtsleiterin

Weber, Harm-Uwe

Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Siebels, Wiard SPD

Strömer, Wilhelm FW

Weilage, Udo CDU

Grundmandat

Roß, Jan DIE LINKE.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.04.2015
5. Einwohnerfragestunde
6. 2. Budgetbericht 2015
7. Freiwillige Aufgaben des Landkreises Aurich
8. Anfragen
9. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
10. Einwohnerfragestunde
11. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 16.02 Uhr die 31. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse und die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Ihnen nahm für den Abgeordneten Siebels, Abgeordnete Carow

für den Abgeordneten Strömer, Abgeordneter Bontjer für den Abgeordneten Weilage und Abgeordnete Seelgen nahm für den Abgeordneten Roß an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.04.2015

Die Niederschrift über die 30. Sitzung des Finanzausschusses vom 28.04.2015 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 2. Budgetbericht 2015

Frau Saathoff erläuterte ausführlich den 2. Budgetbericht 2015 gemäß der Anlage 1.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes sei man davon ausgegangen, dass aufgrund des späten Haushaltsbeschlusses, die Haushaltsgenehmigung frühestens bis zu den Sommerferien vorliege. Erst danach sei die Ausschreibung von neuen Stellen und die Durchführung von Auswahlverfahren zulässig. Es sei festgelegt worden, dass neue Stellen, die nicht durch Erträge gegenfinanziert seien, nicht vor dem 01.10.2015 besetzt werden. Dieses sollte zusammen mit Einsparungen durch Fluktuation zu einer Einsparung von rund 940.000 € führen. Über diesen Betrag sei eine Haushaltssperre beschlossen worden.

Bei der Erstellung des 2. Budgetberichtes 2015 sei aufgefallen, dass die Einsparung in Höhe von 940.000 € jedoch bereits in den Haushaltsansätzen enthalten gewesen sei, sodass eine Berücksichtigung im Haushaltssicherungskonzept nicht hätte erfolgen dürfen.

Anhand der aktuellen Hochrechnung sei davon auszugehen, dass der Personalaufwand um rd. 250.000 € unterschritten werde. Rechne man die leistungsorientierte



Bezahlung (LOB) für die Tarifbeschäftigten hinzu, komme es voraussichtlich zu einer Überschreitung bei den Personalaufwendungen in Höhe von rd. 400.000 €. Sollten bis zum Jahresende keine neuen Einstellungen vorgenommen werden, würde die Überschreitung noch rd. 152.000 € betragen.

Abgeordneter Hasbach nahm ab 16.09 Uhr an der Sitzung teil.

Landrat Weber teilte mit, dass er die falsche Berechnung auch nicht fassen könne.

Abgeordnete Griesel zeigte sich verärgert über den Berechnungsfehler. Die Haushaltskonsolidierung gestalte sich auf dieser Grundlage sehr schwierig. Man könne von Glück sprechen, dass im Gesamthaushalt voraussichtlich Mehrerträge zu verzeichnen seien.

Landrat Weber ergänzte, dass übersehen worden sei, dass die Personalaufwendungen bereits mit einem reduzierten Haushaltsansatz in den Planzahlen enthalten gewesen seien. Die Haushaltssperre sei somit schon enthalten gewesen. Der Fehler sei mit der Erstellung des Budgetberichtes aufgefallen.

Abgeordnete Griesel fragte nach, ob das der Grund sei, weshalb sie bei den Personalaufwendungen keine Haushaltssperre im Haushaltsplan finden könne.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass bei den Personalaufwendungen aus systemtechnischen Gründen im EDV-Programm keine Haushaltssperre eingerichtet werden konnte. Das Personalamt müsse deshalb intern die Einhaltung der Haushaltssperre sicherstellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Haushaltsplan 2015 sind keine Haushaltssperren ersichtlich. Die Sperren (Innerer Dienst = 25.000 €, Personalamt = 940.000 €, Schulamt = 95.000 €, Bauamt = 250.000 €, Amt für Kreisstraßen = 60.000 €) sind im Haushaltssicherungskonzept enthalten und im Haushaltsprogramm eingegeben worden. Hierdurch ist sichergestellt, dass über die Haushaltssperrbeträge nicht verfügt werden kann. Weil sich die Personalaufwendungen über mehrere Teilhaushalte verteilen, konnte im Programm keine Haushaltssperre eingerichtet werden.

Abgeordneter Agena bat um schriftliche Erläuterung des für ihn nicht nachvollziehbaren Sachverhalts.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Erläuterungen zu den Personalaufwendungen sind dem 2. Budgetbericht 2015 und den Ausführungen in dieser Niederschrift zu entnehmen.

Landrat Weber führte aus, dass im Haushaltsplan rd. 52 Mio. € Personalaufwendungen veranschlagt worden seien. Im Haushaltssicherungskonzept sei eine Haushaltssperre in Höhe von 940.000 € vorgesehen. Diese Einsparung hätte durch einen Einstellungsstopp und durch Fluktuationen erzielt werden sollen. Bei der Erstellung des 2. Budgetberichtes sei festgestellt worden, dass laut aktueller Hochrechnung Personalmehraufwendungen in Höhe von rd. 152.000 € anfallen würden. Bei diesem Betrag gehe man davon aus, dass bis zum Jahresende keine Neueinstellungen vorgenommen werden.

Abgeordneter Gossel fragte nach, ob die 940.000 € Haushaltssperre, die der Kreistag beschlossen habe, nicht realisierbar gewesen sei.

Landrat Weber bestätigte, dass die Haushaltssperre in Höhe von 940.000 € nach heutigem Kenntnisstand nicht hätte eingerichtet werden dürfen.

Frau Saathoff fuhr mit der Erläuterung des Budgetberichtes fort.

Abgeordneter Agena berichtete, dass er in der letzten Woche mehrfach in der Zulassungsstelle in Norden gewesen sei und dort lange Wartezeiten in Kauf nehmen musste. Auch in Gesprächen mit Bürgern sei von Wartezeiten von einer Stunde gesprochen worden. Die Bürgerfreundlichkeit müsse dort dringend, z. B. durch eine Prozessoptimierung, verbessert werden.

Landrat Weber sicherte zu, dass eine Stellungnahme des Amtes 32 als Anlage zur Niederschrift nachgereicht werde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert nahm ab 16.22 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Saathoff fasste den 2. Budgetbericht zusammen. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass das Defizit von rd. 6,5 Mio. € auf rd. 1,5 Mio. € reduziert werden könne.

Frau Saathoff erläuterte die Daten der Haushalts- und Finanzplanung gemäß der Anlage 2. Sie gehe aufgrund der erhöhten Steuererträge davon aus, dass die nächsten Jahre nicht zu positiv geplant seien.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel zeigte sich erfreut über die Verbesserung um rd. 2,5 Mio. € im Bereich des Amtes für Kinder, Jugend und Familie. Fraglich sei, wie verlässlich das Zahlenwerk sei und welchen Hintergrund die positiven Zahlen hätten.

Erster Kreisrat Dr. Puchert sagte, dass im letzten Jahr eine Verbesserung eingetreten sei. Jetzt handele es sich um eine Stabilisierung. Vor mehreren Jahren sei vom Kreistag die Sozialraumorientierung beschlossen worden. Unter sozial- und jugendpolitischen Gesichtspunkten sei die Sozialraumorientierung sehr sinnvoll. Er gehe davon aus, dass die positive Veränderung im Amt für Kinder, Jugend und Familie auch mit der Sozialraumorientierung und der damit verbesserten Vor-Ort-Präsenz zu tun habe, vor Ort würden die Verhältnisse anders wahrgenommen werden als aus der Ferne. Die Aufwendungen für die Hilfe zur Erziehung konnten in den letzten Jahren reduziert werden, die Nachhaltigkeit könne nicht eingeschätzt werden.

Zu berücksichtigen sei, dass eine gute personelle Ausstattung auch zur positiven Entwicklung des Budgets beitrage.

Der Ausschuss nahm den 2. Budgetbericht 2015 zur Kenntnis.

Frau Saathoff erläuterte, dass die Bündnis 90/Die Grünen – Fraktion beantragt habe, eine Übersicht mit den freiwilligen Aufgaben des Landkreises Aurich zu erstellen. Zu

berücksichtigen sei, dass bei den in der Übersicht enthaltenen Positionen teilweise eine vertragliche oder ähnliche Verpflichtung bestehe. Sie schlug vor, die Übersicht in der interfraktionellen Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung zu beraten und dann eine Beratung im Finanzausschuss durchzuführen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel informierte, dass sie im Internet bei anderen Kommunen nach freiwilligen Aufgaben recherchiert habe. Bei einigen Kommunen seien die freiwilligen Aufgaben auch im Haushaltsplan aufgeführt worden. Hierbei sei ihr aufgefallen, dass beispielsweise die Pflege der Partnerschaften zu anderen Landkreisen und Präsente bei den freiwilligen Aufgaben erwähnt seien. Fraglich sei, ob diese Positionen auch in der Übersicht mit den freiwilligen Aufgaben des Landkreises Aurich enthalten seien.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Pflege von Partnerschaften zu anderen Landkreisen sowie die Aufwendungen für die Weiterführung des Projektes „Freiwilligenportal“ in Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule Norden werden in der Übersicht der freiwilligen Aufgaben ergänzt.

Die Ämter wurden nach der Sitzung nochmals gebeten, ihre Angaben zu den freiwilligen Aufgaben auf Vollständigkeit zu überprüfen.

Abgeordneter Agena meinte, dass die Übersicht Grundlage für die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung sei, er jedoch keine Positionen erkenne, bei denen gekürzt werden könne. Deshalb regte er an, dass die Verwaltung Vorschläge mache, wie ein Einsparvolumen von insgesamt 10 % realisiert werden könne.

Abgeordneter Bontjer war verärgert über eine Anfrage des Abgeordneten Wilhelm Strömer an Landrat Weber bzgl. der angeblichen Äußerungen des Ersten Kreisrates Dr. Puchert im Nachgang zur Kreistagssitzung am 18. Juni 2015. Er machte deutlich, dass er sich von niemandem vorwerfen lasse, dass er in einer Sitzung nicht gut vorbereitet gewesen sei und auf Kosten des Landkreises gegessen habe. Das sei inhaltlich absolut nicht in Ordnung gewesen. Er erwarte von dem Verfasser des Schreibens, dass dieser Stellung zu dem Schreiben beziehe.

Erster Kreisrat Dr. Puchert sagte, dass er auch Interesse an der Stellungnahme habe.

Vorsitzender Thiele fasste zusammen, dass der Landrat die Anfrage von Herrn Strömer schriftlich beantworten werde.

Abgeordneter Dirksen erklärte, dass die Liste mit den freiwilligen Aufgaben zur Beratung in die interfraktionelle Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung gegeben werden solle.

Mit diesem Vorschlag waren alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Kreisvolkshochschule die Räumlichkeiten für die Flüchtlinge bauen. Sie bat darum, dass Frau Saathoff, die in der Sitzung des Sozialausschusses vorgetragene Berechnungen für die Flüchtlingsunterkünfte ebenfalls in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses erläutere.

Abgeordneter Meyerholz verließ den Sitzungsraum um 16.58 Uhr.

Landrat Weber verwies darauf, dass der Ausschuss für Migration und Integration erst kürzlich gegründet worden sei. Frau Jeromin-Oldewurtel könne gerne als Gast an der Sitzung teilnehmen. Bei finanziellen Auswirkungen für den Landkreis werde selbstverständlich eine Beratung im Finanzausschuss erfolgen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert verwies darauf, dass es nicht nur um den Bau von Flüchtlingsunterkünften gehe, sondern um das gesamte Konzept. In einem ersten Schritt werde am 20. Juli 2015 eine inhaltliche Vorstellung erfolgen. Auf Basis dieser Beschlussempfehlung werde dann die weitere Beratungsfolge festgelegt.

Abgeordnete Griesel machte deutlich, dass es darum gehe, wer die Flüchtlingsunterkünfte baue und wer die Dienstleistung für die Integration übernehme.

Landrat Weber erklärte, dass die Thematik Gegenstand der Beratung sein werde. Eine gewisse finanzielle Größe werde sicherlich zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplanes führen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bat darum, die Thematik in der nächsten Finanzausschusssitzung vorzustellen.

Frau Saathoff sprach sich dafür aus, die Ausschusssitzung am kommenden Montag abzuwarten und die Thematik dann aufzugreifen.

Abgeordnete Kleinert sagte, dass sich zunächst der zuständige Ausschuss für Migration und Integration mit der Thematik beschäftigen solle und dann eine Beratung in einem weiteren Fachausschuss und/oder Finanzausschuss erfolgen könne.

TOP 9

Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Investitionsförderungsgesetz

Frau Saathoff informierte, dass der Landkreis Aurich rd. 4,3 Mio. € aus dem kürzlich beschlossenen Investitionsförderungsgesetz (= Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern) vom Land erhalte. Entgegen ihrer ersten Einschätzung seien die Mittel nicht global einsetzbar. Da es sich um Bundesmittel handle, dürfen nur Investitionen, die in die gesetzliche Zuständigkeit des Bundes fallen, damit finanziert werden. Fördervoraussetzung sei z. B. bei Investitionen im Bereich der Schulen, dass es sich um eine energetische Sanierung handle. Sie werde in der nächsten Woche die Abwicklung klären.



Planung eines Doppelhaushaltes 2016/2017

Frau Saathoff machte den Vorschlag, für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 einen Doppelhaushalt zu planen. Dieses habe den Vorteil, dass Anfang 2017 ein wirksamer Haushaltsplan vorliege und zeitnah mit der Durchführung von Investitionen begonnen werden könne. Sobald die Finanzausgleichszahlen für das Haushaltsjahr 2017 feststünden, könne ein Nachtragshaushaltsplan erstellt werden. Der Landkreis Cuxhaven erstelle bereits seit mehreren Jahren einen Doppelhaushalt und habe gute Erfahrungen damit gemacht.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fand den Vorschlag gut. Sie war jedoch der Meinung, dass gerade für 2016 und 2017 kein Doppelhaushalt geplant werden solle, weil dann aufgrund der im Herbst 2016 stattfindenden Kommunalwahlen im Haushaltsplan 2017 Vorgaben vom bisherigen Kreistag enthalten seien.

Landrat Weber sagte, dass der neue Kreistag im Frühjahr 2017 die Möglichkeit habe, Änderungen für den Haushaltsplan 2017 mit einem Nachtragshaushaltsplan zu beschließen.

TOP 10 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.11 Uhr.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin